



## Editorial:



„Die Erde ist ein gewalttätiges Paradies“, so der Titel eines Buches des berühmten polnischen Auslandskorrespondenten Ryszard Kapuczynski. Nur wenige andere Journalistenkollegen haben die Welt so intensiv bereist wie er, haben so hautnah berichtet, oft unter Einsatz des eigenen Lebens.

Besonders Afrika lag ihm am Herzen, er lebte in den Slums der Städte und nicht den Villengegenden der Weißen, denn er wollte bei den Menschen sein, über die er schrieb. Schon früh war er im Kongo und berichtete über Stellvertreterkriege wie Biafra, die jetzt schon wieder vergessen scheinen. Doch vieles liest sich Eins zu Eins, nur wenig scheint sich geändert haben. Wie auch, denn der Mensch der das Paradies bewohnt bleibt am Ende immer der Gleiche. Doch nun schlägt das Paradies zurück. Der Klimawandel macht sich deutlich bemerkbar. Die Gefährdung von einer Naturkatastrophe heimgesucht zu werden hat sich für die Entwicklungsländer innerhalb weniger Jahre vervierfacht. Nicht mehr vorhersagbare Dürren und Überschwemmungen wechseln sich besonders im südlichen Afrika ab. Dies betrifft schon heute 200 Millionen Menschen jährlich. Im Süden Afrikas werden Ernteeinbußen von fünfzig Prozent bis 2020 befürchtet. So beschreibt Dr. Wolfgang Jamann, Generalsekretär der Welthungerhilfe und vormaliger Hauptgeschäftsführer von CARE Deutschland Luxemburg e.V. die Faktenlage, anlässlich der Vorstellung des Weltrisikoindezes in Berlin Anfang Dezember. Auch der aktuelle World Development Report der Weltbank mit dem Titel „Development and Climate Change“ widmet sich ausschließlich dem Thema. Er wird Anfang Oktober bei strahlendem Herbstwetter der Öffentlichkeit im Manie-Schlei-Saal des BMZ vorgestellt. Doch die Botschaften stehen im krassen Kontrast zum Wetter vor der Tür. Der berühmte Potsdamer Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber fragt den prall mit Fachpublikum und Journalisten besetzten Saal, wer denn wirklich daran glauben würde, das Berlin 2050 auf dem Klimabreitengrad von Marra-kesch sich wieder finden würde? Es heben sich keine

zehn Finger. „Sehen sie? Und das ist unser Problem!“, resümiert der angesehene Forscher und macht die Anwesenden mit der eigenen Blindheit vor der Gefahr vertraut. Doch es gibt auch Hoffnung, und es geht nicht immer darum das mehr Geld bessere Hilfe bedeutet. Anfang Dezember ist Friedensnobelpreisträger, Prof. Muhammad Yunus, aus Bangladesch, der Gründer der Grameen-Bank und Erfinder der Mikrokredite im Haus der Wirtschaft zu Gast. Er berichtet wie seine Bank ausgerechnet in New York mit den Ärmsten der Armen beste Geschäfte macht, während an der Wall Street gerade alles zusammenbricht und die Bankentürme wackeln. Natürlich hat sich der kleine, traditionell gekleidete Mann aus Bangladesch, den ein Hauch von Gandhi umgibt, den berühmtesten Finanzplatz der Welt bewusst ausgesucht. Dabei bewegten ihn zwei Fragen: warum bekommen die Armen im Schatten der Wolkenkratzer keinen anständigen Bankenservice? Und warum werden sie als Kundengruppe nicht ernst genommen? Was rund um CARE in Berlin noch Bewegendes geschah im letzten Quartal lesen Sie hier im neuen Hauptstadtbrief. Viel Spaß wünscht Ihnen/Euch, Christoph Ernesti

## Foren/Kongresse/Konferenzen

### „Afrikas Region der Großen Seen: Land unter im Überfluss?“...

...mit diesem Wortspiel lud die Konrad Adenauer Stiftung (KAS) in Kooperation mit der Deutschen Afrika Stiftung (DAS) am **7. Oktober** zum Fachgespräch in die Akademie der KAS ein.

Warum noch ein Expertengespräch zum Konflikt im Osten der Demokratischen Republik Kongo? Es scheint, als ob Veranstaltungsreihen hierzu kein Ende nehmen – aber auch eine Konfliktlösung ist nicht in Sicht. Daher muss das Thema präsent gehalten werden. Außerdem so Jürgen Langen, Generalsekretär der DAS, sind „viele Afrika-Abgeordnete der letzten Legislaturperioden [...] nicht mehr im Bundestag vertreten. Es ist also umso wichtiger, über die Probleme der Region der Großen Seen zu sprechen“.

Athur Kepel, Analyst der International Crisis Group, betont, wie wichtig ein Versöhnungsprozess zwischen

den verschiedenen ethnischen Gruppen sei. Er plädiert außerdem für die Unterstützung lokaler Einrichtungen - regionale Lösungen sollten gesucht werden.

In der Konfliktregion mangelt es an jeglichen Kontrollen - von Polizeipräsenz oder Grenzkontrollen keine Spur. 40 \$ verdient ein Soldat in der kongolesischen Armee im Monat - im illegalen Abbau von Rohstoffen würde er 10 \$ täglich bekommen. So nimmt die illegale Ausbeutung der Ressourcen ihren Lauf, und die Regierung in Kinshasa ist fleißig daran beteiligt. Deshalb ist sie es, die Keibel für die Not der DR Kongo verantwortlich macht.



**Arthur Kepel, Analyst der International Crisis Group (Foto: KAS)**

In der Expertenrunde sitzt auch Tim Hughes vom South African Institute für International Affairs. Er stellt die Frage, ob man denn wisse, woher die Materialien des eigenen Handys stammen. Damit appelliert er an das Bewusstsein und die Verantwortung eines jeden Konsumenten. Gemeint ist hier zum Beispiel das Mineral Coltan, welches zur Herstellung von Mikro-Chips in Handys genutzt wird. 80 Prozent des weltweiten Coltan-Vorkommen befindet sich in der DR Kongo. (Nicht nur) Dieses Mineral ist eine der Ursachen des Kongokrieges, der seit 1996 mehr als fünf Millionen Todesopfer gefordert hat.

Die DR Kongo ist auch reich an Diamantenvorkommen. Der Kimberley-Prozess, ein Zertifizierungsprozess für legal abgebaute Rohdiamanten stellt ein wichtiges Instrument im Kampf gegen Blutdiamanten da, welche der Kriegsfinanzierung dienen. Hughes weist darauf hin, dass die Zertifizierung nachweislich zur Reduzierung von Blutdiamanten führt. Dies sei aber nicht hinreichend - notwendig seien auch verschiedene andere Standards, wie beispielsweise im Bereich des Arbeitsschutzes.

Der Rohstoffreichtum kann bei einem verantwortungsvollen Abbau die wirtschaftliche Entwicklung der DR Kongo fördern. Kathy McPhail, vom International Council on Mining and Metals, weist in diesem Zusammenhang auf die Entwicklungen in Ghana und Chile hin.



**Tim Hughes, South African Institute for International Affairs (Foto: KAS)**

Fakt ist, Verantwortung besteht auf Seiten der Unternehmen wie auch auf Seiten der Konsumenten. Doch welche Verantwortung besteht seitens der internationalen Gemeinschaft und wie kann sich diese zukünftig besser koordinieren?

Weiterführende Links:

<http://www.crisisgroup.org>

<http://www.kimberleyprocess.com/>

<http://www.kas.de/wf/de/17.37835/>

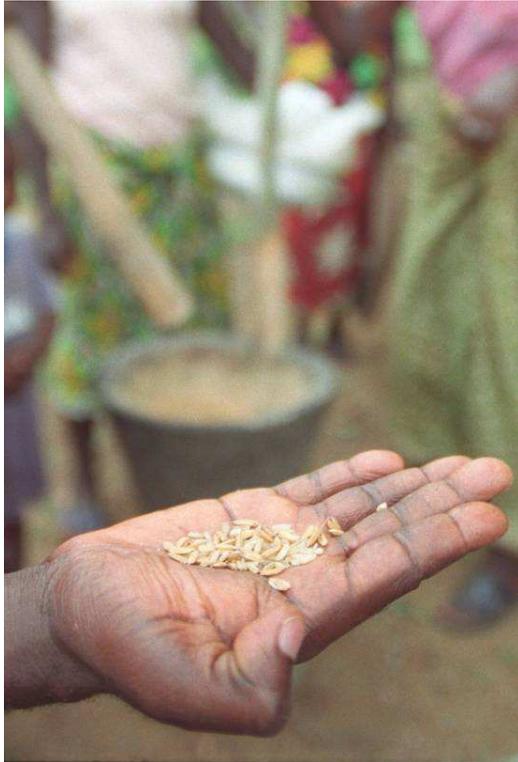
### **Frauen in der Hungerbekämpfung**

Weltweit hungern mehr als 1 Milliarde Menschen. Frauen leiden dabei am meisten an Hunger und Armut. Gleichzeitig spielen sie aber eine Schlüsselrolle in der Entwicklung. Da wo Frauen im Haushalt und auf Gemeindeebene Einfluss haben und anerkannt sind, sind sie besser ernährt und ihre Kinder besser versorgt. Dies belegt auch der Welthunger-Index, der dieses Jahr auch erstmals den Zusammenhang zwischen Chancengleichheit für Frauen und Hunger misst. Am 14. Oktober lud die Heinrich-Böll-Stiftung und die Welthungerhilfe anlässlich seiner Veröffentlichung mit dem Schwerpunkt Finanzkrise und Frauen zur Diskussion ein.

Drei Faktoren fließen in den Hunger-Index, der einen Wert zwischen 0 und 100 einnehmen kann: Der Anteil der Unterernährten in der Bevölkerung, der Anteil der Kinder unter 5 Jahren mit Untergewicht sowie die Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren.

Die globale Finanzkrise ist im aktuellen Bericht 2009 nicht berücksichtigt, denn die jüngsten Daten, die dem Bericht zu Grunde liegen, stammen aus dem Jahr 2007. Und die Auswirkung der Krisen wird vor allem für diejenigen spürbar, die ohnehin schon arm sind und an Hunger leiden. „Länder mit niedrigen Einkommen sind besonders von der Nahrungsmittel- und Finanzkrise betroffen“, so auch Dr. Ousmane Badiane, Afrikanischer Direktor, International Food Policy Research Institute (IFPRI). Deshalb sei es unbedingt erforderlich „Hungerreduzierung ins Zentrum der Krisenbekämpfung zu stellen“. Nach Jahrzehnten bescheidener Fortschritte

steigt im Zuge der gegenwärtigen Krisen die Anzahl unterernährter Menschen wieder an.



(Foto: CARE)

Südasien mit einem Indexwert von 23 und Afrika südlich der Sahara mit einem Index von 22 besitzen die höchsten Hunger-Werte. Die Ursachen der dramatischen Werte sind aber regional unterschiedlich: In Südasien ist der Wert auf schlechte Ernährung und Bildungs- und Sozialstatus der Frauen zurückzuführen. Schlechte Regierungsführung, Kriege und Konflikte, politische Instabilität und hohe HIV/AIDS-Raten sind Ursachen südlich der Sahara. In dieser Region finden sich auch die Länder mit einem „gravierenden“ Hunger-Index-Wert von über 30. Schlusslicht auf der Rangliste bildet die DR Kongo, gefolgt von Burundi, Eritrea, Sierra Leone, Tschad und Äthiopien.

Link zum Global Hunger Index 2009:

<http://www.ifpri.org/publication/2009-global-hunger-index>

---

### Warum muss Banking so sein, wie es heute ist? - Friedensnobelpreisträger Prof. Yunus zu Gast in Berlin

Normalerweise ist das politische Berlin am Freitagabend schon längst ausgeflogen. Ganz anders am Abend des **6. Novembers**. Der Bund Katholischer Unternehmer (BKU) hat keinen geringeren als Friedensnobelpreisträger, Prof. Mohammed Yunus, aus Bangladesh eingeladen, den Vater des modernen Mikrokreditgeschäftes und Begründer der Grameen-Bank. Dies, so werden die Zuhörer im Laufe des Abends erfahren, heißt ganz einfach Dorf-Bank, und

in Bangladesh sind 80 Prozent aller Menschen im geschäftsfähigen (Alter?) hier Kunde. Immerhin zählt das Land fast 145 Millionen Einwohner. Außerdem hat sich der soeben neu ernannte Chef des BMZ, Minister Dirk Niebel zu einem seiner ersten öffentlichen Auftritte angesagt, und so ist der große Saal des Haus der Wirtschaft gerammelt voll.

Gegen den weisen, älteren Herrn aus Bangladesh, der in traditioneller Kleidung auftritt und den ein Hauch von Gandhi umweht, wirkt der frisch gebackene Minister doch ein wenig blass. Er verweist in seiner Rede darauf, dass Deutschland sich in 73 Ländern weltweit am Aufbau des Finanzwesens beteiligt und dass die KfW der größte deutsche Investor im Bereich der Mikro-Finanzien weltweit sei. „Mit Mikrokrediten können Menschen Sicherheit und Selbstvertrauen gewinnen, eigene Potentiale entwickeln“, so Niebel. Als echter Liberaler darf der Hinweis auf den Mittelstand als Rückgrat einer jeden Wirtschaft nicht fehlen. Schließlich verabschiedet er sich mit dem Geflügelten Naumann-Wort: „Frei ist, wer weiß wovon er nächste Woche lebt“. Dann entschwindet der Minister zum nächsten Termin und überlässt die Arena dem Wirtschaftswissenschaftler aus Banglaskh. Der erobert mit seinem langsamen aber stetigem Redefluss und seiner einfachen, klaren Sprache in Minuten die Herzen seiner Zuhörer. Dabei ist er immer bei den Menschen, seinen „Kunden“ den Armen und deren Alltag. Und da keiner so gut erklären kann wie Mikrofinanzwesen made bei Yunus wirklich funktioniert, hier einige Auszüge aus der Rede des Friedensnobelpreisträgers:

„Kommunikation verändert Armut! Dies lässt sich besonders am boomenden Handy-Markt ablesen, und deswegen ist auch die Grameen-Bank in den 90er Jahren in den Telefonmarkt eingestiegen. Sehen wir uns die Veränderung an: früher musste man in Bangladesh 5 – 10 Jahre auf einen Telefonanschluss warten, oder es mit Bestechung versuchen. Dann kamen wir mit unseren Telefon-Ladies. Warum sollte eine arme Frau im Dorf ein Telefon besitzen? Mit wem soll sie telefonieren? Mit niemand! Aber alle anderen natürlich, wollen und müssen telefonieren und deswegen gehen sie zu ihr. Innerhalb von 1-2 Jahren hat sie sich ein blühendes kleines Geschäft aufgebaut und nicht zu vergessen, sie hat an Status gewonnen, ist zu einer wichtigen Frau im Dorf geworden. Der Telefonmarkt boomt. Schon heute gibt es 15 Millionen Mobilfunkanschlüsse in Bangladesh und das Telefon hat unglaubliche Potentiale, denn es kann auch für Bankgeschäfte, Verbesserung des Gesundheitswesens oder den Abschluss von Versicherungen genutzt werden.

Während die großen Banken in Amerika im vergangenen Jahr dort zitterten sind wir nach Jacksonville, N.Y. gegangen. Wir haben ein Angebot für die Armen Leute dort gemacht, die normalerweise kein Bankkonto eröffnen und führen können in den USA. Wir arbeiten nach den gleichen Regeln wie in Bangladesh. Ich habe einen Angestellten aus Bangladesh geschickt und ihm gesagt, dass er genauso zu verfahren hat wie bei uns

in den Dörfern. Das Geschäft funktioniert, wir gewinnen immer neue Kunden. Der durchschnittliche Kredit den wir dort gewähren liegt bei \$ 2.000,-. Im Vergleich, in Bangladesh ist die durchschnittliche Kreditsumme \$ 200,-. Die New York Times hat mich gefragt warum wir ausgerechnet nach NY kommen? Und ich habe die Frage gestellt, warum bekommen die Armen im Schatten eurer Wolkenkratzer keinen anständigen Bankservice? Mir war es auch hier wichtig zu zeigen, dass sie eine ernstzunehmende Kundengruppe sind, und dass sie es wert sind. Wir müssen uns gemeinsam fragen, warum Banking so sein muss wie es heute ist?

80 Prozent der Bangladeschi sind heute Kunden der Grameen Bank. Wir haben spezielle Angebote für unsere Kundengruppe entwickelt. Wichtig ist, dass der Kunde auch Anteilseigner ist. Besonders populär sind Sparpläne und Pensionsfond. Zuerst kommen immer die Frauen. Sie fragen sich, wer wird nach einem langen und arbeitsreichen Leben einmal für mich sorgen? Außerdem wollen sie keinem zur Last fallen. Anschließend überzeugen sie ihre Männer, dass es auch gut für sie wäre. Unsere Angebote orientieren sich eng an den Wünschen der Menschen. Dazu musst du raus aufs Dorf gehen und mit den Leuten reden und zuhören. Als nächstes kamen die Ausbildungskredite. Die zweite Generation ist fast wichtiger als die erste, denn sie möchte sich weiterqualifizieren. Auch in Bangladesh ist Arbeitslosigkeit ein großes Problem. Ich sage den jungen Leuten: ‚Du bist kein Jobsucher sondern ein Anbieter.‘ Denn wem es gelingt Dank seiner Qualifikation geschäftlich erfolgreich zu sein, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit bald jemanden beschäftigen. Das größte Problem ist, wenn eine Idee populär wird, der Missbrauch. Wir sind keine Kredithaie. Unser Angebot soll Menschen unabhängig machen, Hilfe zur Selbsthilfe sein und soll Einkommen schaffen und sichern. Wir vergeben keine Kredite für den Konsum, aber es gibt Banken die ihre Angebote so verkaufen.“

Am Ende bedankt sich Yunus besonders bei der KfW und gtz für die geleistete Hilfe am Anfang. Doch wichtig ist ihm der Hinweis, dass die Grameen-Bank schnell versucht hat unabhängig zu werden und es bis heute ist. „Das gleiche möchten wir für unsere Kunden erreichen“, so schließt er den Abend. Stehende Ovationen für den kleinen/großen Mann aus Bangladesh folgen.

Weiterführende Links:

<http://www.grameen-info.org/>

<http://www.muhammadyunus.org>

---

### **Herausforderung: Humanitäre Hilfe in politischen Konfliktregionen**

Regelmäßig lädt Médecins Sans Frontières (MSF) zu seinen Werkstattgesprächen ein - so auch am **11. November** unter dem Titel: „Humanitäre Hilfe in den

Palästinensischen Autonomiegebieten: Was ist möglich?“

Trotz zahlreicher internationaler Bemühungen, den Nahostkonflikt zu lösen, kommt der Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensischen Gebieten immer wieder ins Stocken. Internationale Hilfsorganisationen, die hier Hilfe leisten, stoßen auf besondere Herausforderungen.

Leidtragende unter dem Konflikt sind die Menschen. „Die wirtschaftliche Situation in den Palästinensischen Gebieten ist katastrophal. [...] Strukturelle Probleme wie Wassermangel, Arbeitslosigkeit und schwach ausgeprägte Institutionen haben sich in den vergangenen Jahren verschärft. [...] Viele Familien haben ihre Ersparnisse aufgebraucht und sind nun von Lebensmittelhilfen abhängig. [...] Vor allem bei Kindern treten verstärkt Symptome von Mangel- und Unterernährung auf. Aufgrund der Sicherheitslage ist eine Notfallversorgung nicht immer möglich, da sich die Bewohner oft nicht frei bewegen können, um Krankenhäuser aufzusuchen“, so auch das BMZ auf seiner Website.



**Verteilung von Hilfsgütern im Gaza-Streifen (Foto: CARE)**

Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Personen und Gütern stören die Arbeit von internationalen Hilfsorganisationen empfindlich. D. h., dass zum Beispiel auch benötigte medizinische Geräte nur über Israel den Gazastreifen erreichen können, was mit viel Mühe und Zeit verbunden ist. Zum Personal: Nicht jeder kann hier einreisen, so gibt es beispielsweise keine Einreisemöglichkeit für Staatsangehörige von bestimmten afrikanischen Ländern. Dazu ist Bewegung von Gaza zur Westbank und umgekehrt praktisch unmöglich.

Wie verhält sich eine internationale Hilfsorganisation, die in einer politischen Konfliktregion der Bevölkerung helfen möchte. Kommt eine Zusammenarbeit mit Krankenhäusern, die dem palästinensischen Gesundheitssystem zugehörig sind und damit der Hamas nahe stehen in Frage? „Das Gesundheitssystem ist ein Spielball der Hamas und der rivalisierenden Fatah“, so eine Mitarbeiterin von MFS. Wie findet eine Hilfsor-

ganisation hier einen Raum, in der sie unabhängig arbeiten kann? Um Neutralität und unabhängiges Arbeiten gewährleisten zu können, arbeitet MFS ausschließlich mit Geldern, die zu 100 Prozent aus Privatspenden kommen. Staatliche Gelder würden die Sicherung der Arbeit gefährden.

„Man soll helfen – aber Meinungsäußerungen sind nicht erwünscht“, so Martin Glasenapp, Nahostbeauftragter von medico international. Für ihn stehen humanitäre Organisationen in der Pflicht, sich mit dem Nahost-Konflikt auseinander zu setzen und politische Aussagen zu treffen. „Eine Neutralität zu bewahren“, so Glasenapp, „heißt eine Verlängerung der Besatzung in Kauf zu nehmen [...] welche zum weiteren Leid in der Bevölkerung führt.“

### **Palmölindustrie – Biokraftstoff auf Kosten des Klimas?**

**12. November 2009.** Nur noch 4 Wochen bis zum großen Klimagipfel. Viele Nationen sehen in den geplanten Klimaschutzmaßnahmen eine Bedrohung für ihre wirtschaftliche Entwicklung. Wie lassen sich Entwicklung und Klimaschutz vereinbaren? – derzeit eine weltweit diskutierte Frage und auch für die Konrad Adenauer Stiftung (KAS) Anlass zur Veranstaltung „Auf dem Weg nach Kopenhagen: Entwicklung und Klimaschutz“ einzuladen.

Das Fachgespräch stand im Vorfeld unter schlechten Sternen: Nur 6 Tage zuvor brachte die in Barcelona stattfindende letzte UN-Versammlung vor dem großen Gipfel keinen nennenswerten Fortschritt. Yvo de Boer, Generalsekretär der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC), meinte an diesem Tage offiziell: „Ich glaube wir werden in Kopenhagen kein rechtlich verbindliches Abkommen bekommen.“

Mit auf dem Podium S. E. Bernard Dompok, Minister für Plantagenwirtschaft Malaysia, der kräftig die Werbetrommel für Palmöl dreht. Palmöl ist von der Nahrungsmittel- und Kosmetikindustrie nicht wegzudenken. In den letzten Jahren wurde dieser nachwachsende Rohstoff auch als Energiequelle interessant, denn fossile Brennstoffe gehen zu Ende und der CO<sub>2</sub>-Ausstoß muss drastisch gesenkt werden, um den Klimawandel abzumildern. Aktuell boomt die Palmölindustrie – Profiteure sind Indonesien und Malaysia mit einem Weltmarktanteil von 86 %. Doch für Palmölanbau wird Regenwald gerodet, wodurch wertvolle Kohlenstoffsenken unwiederbringlich verloren gehen und Lebensraum vom Aussterben bedrohter Tierarten vernichtet wird. Was nützt uns der umweltfreundlichste Kraftstoff wenn dies geschieht?



v.l.n.r. Ursula Heinen, S. E. Bernard Dompok, Sabine Porn und Markus Kurdziel (Foto: KAS)

Ziel muss es sein den Marktanteil nachhaltig produzierten Öls zu steigern, dies führt nicht nur zur wirtschaftlichen Entwicklung sondern ist zudem auch zukunftsfähig. „Wir sind auf Palmöl angewiesen. Aber nicht zu jedem Preis“, weist Ursula Heinen, Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, hin. Mit Soja, Raps oder Holz gebe es attraktive Alternativen auf dem Biokraftstoffmarkt, bei deren Anbau und Weiterverarbeitung allerdings auch strenge Nachhaltigkeitsregeln beachtet werden müssten.

„Was braucht Malaysia von Deutschland bzw. von der Welt?“ wird Dompok gefragt: „Malaysia muss sich selbst füttern. Wir haben 50 Mio. für nachhaltige Produktion investiert.“ Sein Land sei auf den Gesamterlös von Palmöl angewiesen um die Armut im Land zu bekämpfen und das Land weiterzuentwickeln. Er würde es begrüßen, fänden sich mehr Abnehmer für nachhaltig produziertes Öl und ist überzeugt, dass eine nachhaltige Entwicklung Hand in Hand mit Profit gehen könne. Deutschland stellt schon jetzt einen großen Importeur dar.

Nachhaltiges Handeln ist überall notwendig, nicht nur bei Biokraftstoffen. Markus Kurdziel weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Entwaldung die gleichen negativen Folgen hat, wie der gesamte globale Transport. Um voran zukommen sollte man statt Schuldzuweisungen, beginnen zu kooperieren. „Wir müssen Möglichkeiten finden die Interessen von Produzenten und Konsumenten zu vereinbaren.“

„Langfristige Ziele müssen definiert werden“, meint auch Ursula Heinen, MdB Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt. Länder zu bestrafen und ihnen etliche Verordnungen und Gesetze aufzubürden kann keine Lösung sein. Besser sei es, Länder zu belohnen, die ihre Ressourcen wie beispielsweise den Regenwald schonen.

Weiterführende Links:

<http://www.mpoc.org.my/> (Malaysian Palm Oil Council)

<http://www.kas.de/wf/de/33.18126/>

## Die sozialen Folgen der globalen Finanzkrise

Am **19. November** lud die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem internationalen Netzwerk Social Watch zur internationalen Tagung unter dem Titel „Die sozialen Folgen der globalen Finanzkrise – Zwischenbilanz und politische Konsequenzen“ ein.

Im ersten Teil der Veranstaltung berichten vier Panellisten aus vier Kontinenten über die sozialen Folgen der globalen Krisen in ihren Regionen. Unter ihnen ist Neeta Hardikar, Gründerin und Direktorin von ANANDI (Area Networking and Development Initiative) in Indien. „Wir sind seit Jahrzehnten in der Krise, wieso wird jetzt von der Krise gesprochen.“ Mit den vielen Krisen in Indien bedeutet die Finanzkrise eine weitere Zuspitzung der Probleme. Unter der Krise derzeit leiden in Indien besonders die exportorientierten Bereiche wie die Schmuck- und die Textilindustrie. Hier gehen viele Arbeitsplätze verloren. Hardikar berichtet von der derzeitigen Nahrungsmittellage und über die besonders starken Auswirkungen der Krise auf die Frauen, deren Interessen ihre Organisation vertritt. ANANDI hat mehrere Projekte mit dem Fokus auf Frauen in Armut, welche beispielsweise Mikrokredite erhalten können.

Zur Lage in Bulgarien berichtet Plamenka Markova. Seit 1994 arbeitet sie für die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und ist für die Koordinierung der Aktivitäten der ILO in Bulgarien zuständig. Osteuropa sei ganz besonders von der Krise betroffen. Als großen Fehler bezeichnet sie die Festwechsellkurse. Ihre Vorwürfe sind an den Internationalen Währungsfonds (IWF) gerichtet. So mussten die Zinssätze scharf erhöht werden. Die Arbeitslosenquote in ihrer Region steigt mit der Krise erstmals seit den 90er Jahren an. Das Haushaltsbudget wurde den Bedürfnissen nicht angepasst. Mittlerweile sei 12 % der Bulgarischen Bevölkerung ausgewandert. Als weitere Auswirkung nennt Markova die Zunahme von häuslicher Gewalt. Zudem seien besonders Alleinerziehende von der Krise betroffen.



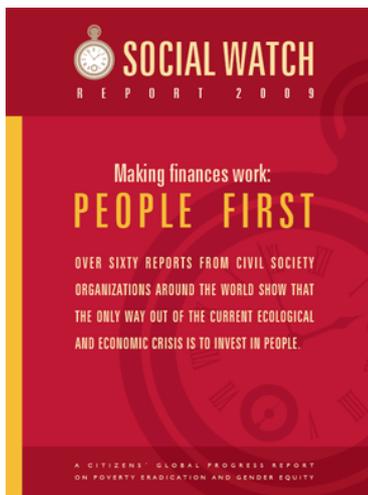
v.l.n.r.: Claudia Maldonado, Prof Edward Oyugi, Plamenka Markova, Neeta Hardikar, Klaus Heidel (Foto: FES/Jens Schicke)

Prof. Edward Oyugi, Geschäftsführer vom Social Development Network (SODNET), Kenia, spricht zur Situation in Afrika und berichtet, dass die Krise schon vor vielen Jahren begann, die Talsohle jedoch

noch nicht erreicht ist. Es hätte Verbote zur jetzigen Krise gegeben, diese wären jedoch ignoriert worden. „Der Kopf wurde vor der Krise in den Sand gesteckt, wie ein Strauß. Die Vogelstraußpolitik: Nichts machen und abwarten was Obama, was Berlin, was Frankreich macht“. Der Rückgang der Touristenzahlen weist auf die Instabilität in Afrika hin. Die Regierungen Afrikas müssen ihre Bevölkerung über die Krise informieren, dessen Auswirkungen überall zu finden sind. Als Beispiel nennt Oyugi die steigende Jugendarmut in Nairobi. „Jugendliche verkaufen Munition um Essen zu kaufen. [...] Viele werden an HIV/AIDS sterben, da kein Geld da ist und auch nicht mehr kommt oder wegen der Korruption gesperrt ist.“ Zudem wird ein großer Rückgang der Rücküberweisungen vor allem aus den USA und Deutschland beobachtet. „Vielen Kinder können nicht mehr zur Schule gehen“. Viele Firmen ziehen sich aufgrund der Krise wieder in ihren Herkunftsländern zurück, d. h. dass Geld zurück in den Norden fließt. „Afrikas Stimme ist zu klein.“

Über die Auswirkungen in Mexiko berichtet Claudia Maldonado, Dozentin am Centro de Investigación y Docencia Económicas (CIDE, Zentrum für Wirtschaftsforschung und -bildung). Sie weist auf die große Abhängigkeit Mexikos von der Wirtschaft der USA hin. 90% des gesamten Exports gehen in die USA oder Kanada. „Die Krise ist schon seit 20er/30er Jahren da.“ Angegriffen sei derzeit vor allem die Automobilindustrie, das Baugewerbe und die Rücküberweisungen. Hier findet gar eine Art Umkehrung statt. Maldonado spricht von einer Marginalisierung. Vielen Bürgern im Ausland ist es nicht möglich nach Mexiko zurückzukehren. Nun versorgen Familien ihre Mitglieder, die im Ausland arbeitslos geworden sind, mittels Geldüberweisungen ins Ausland. Mexiko bräue eine Umverteilung - ein mexikanisches Modell. „Wir haben mehr Freihandelsabkommen unterschrieben als sonst“, dies müsse berücksichtigt werden.

Bei den Ausführungen dieser 4 Panellisten wird klar: In jeder Region haben die Auswirkungen der Krise verschiedene Ausprägungen, aber auch Überschneidungen sind leicht feststellbar. Und eines ist weltweit gleich: Die Ärmsten der Armen leiden am meisten. Dies wird auch im Social Watch Report 2009 deutlich. Dieser über 200 Seiten starke Bericht beleuchtet die Dimensionen der globalen Krisen und ihre sozialen Folgen. Hierbei zeigt die Zusammenfassung der über 60 Länderberichte durch Roberto Bissio, auf welche Weise sich die globale Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Alltag der Mensch ausgewirkt hat. Fast in allen Ländern, aus denen Berichte vorliegen, stieg die Arbeitslosigkeit. Armut nahm überall zu. Hierbei hätten die „Entwicklungs- und Schwellenländer die Krise umso heftiger und schneller zu spüren bekommen, je stärker sie mit der globalisierten Wirtschaft verflochten“ seien, so Bissio im Bericht.



#### Social Watch Report 2009: Making finances work: People First

Roberto Bissio ist heute auch hier und warnt vor den Folgen einer falschen Bekämpfung der Auswirkungen der derzeitigen Krise. Er spricht vor allem die Neuverschuldung in Ländern des Nordens wie des Südens an. „Wohin führt diese Schuldenspirale?“, und „kommen wir in eine noch größeren Krise, deren Wurzel in den Instrumenten gegen der jetzigen Krise liegt?“

#### Weiterführende Links:

<http://socialwatch.org/node/799> (Social Watch Report 2009)

[http://socialwatch.org/sites/default/files/SW\\_DEUTSCHLAND\\_REPORT\\_2009-ger.pdf](http://socialwatch.org/sites/default/files/SW_DEUTSCHLAND_REPORT_2009-ger.pdf) (Social Watch Report Deutschland)

<http://www.fes.de/GPol/inhalt/multimedia.htm> (Interviews mit den Panellisten Neeta Hardikar von ANANDI, Manuel Montes vom UN Dept. UNDESA und Roberto Bissio von Social Watch)

#### Politik macht satt! - 5 Jahre Freiwillige Leitlinien zum Recht auf Nahrung

**26. November 2009.** Der Titel des parlamentarischen Frühstückes von Welthungerhilfe und FIAN (Food-First Information and Action Network) klingt ein wenig trotzig. Denn die Fakten sprechen eine ganz andere Sprache und werfen eher die Frage auf, ob die Politik versagt hat? Es geht um das Menschenrecht auf Nahrung und dessen verfassungsrechtliche Verankerung. Natürlich haben dies die europäischen Staaten längst getan und auch die Verabschiedung der Freiwilligen Leitlinien durch den Exekutivrat der UN Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) wertet FIAN als Erfolg. Doch auch Ute Hausmann, Geschäftsführerin von FIAN Deutschland stellt fest: „Eine Milliarde Hungernde sind ein Skandal!“ Wie passt das zusammen? Fragen sich die Veranstalter bereits in der Einladung und versuchen, eine Antwort zu geben. Es geht um Politikgestaltung mit Hilfe der Legislative. Staaten wie Nicaragua, Mali oder die Philippinen, die das Menschenrecht auf Nahrung in ihrer Verfassung verankern, gehen eine

völkerrechtliche Verpflichtung ein. Good Governance heißt einmal mehr das Schlagwort und Prof. Dr. Hartwig de Haen, Mitglied des Präsidiums der Welthungerhilfe nennt die Prinzipien und politischen Rahmenbedingungen für eine gute Regierungsführung zur wirksamen Hungerbekämpfung im eigenen Land. Ganz mit vorne dazu gehören: Investitionspolitik in produktive soziale Systeme, Stärkung der ländlichen Bevölkerung und Integration in den Welthandel. Doch hier sind auch die reichen Länder gefordert, die Voraussetzungen zu schaffen, stellt nicht nur Prof. de Haen fest, sondern auch der Abgeordnete der GRÜNEN, Thilo Hoppe. So hat die steigende Nachfrage und Spekulation mit Biokraftstoffen allein in den vergangenen zwei Jahren weitere 100 Millionen Menschen zu Hungernden werden lassen. Exportsubventionen hier führen zur Überschwemmung der lokalen Märkte in Afrika mit europäischen Lebensmitteln und geben den Bauern vor Ort keine Chance. Hier ist mehr Kohärenz und Gestaltung in der eigenen Politik gefragt, bevor der mangelnde Regeierungswille weniger entwickelter Länder zu kritisieren ist, zumindest hierin sich fast alle Anwesenden einig

#### Weiterführende Links.

<http://www.fian.de>

<http://www.welthungerhilfe.de>

[http://de.wikipedia.org/wiki/Recht\\_auf\\_angemessene\\_Ern%C3%A4hrung](http://de.wikipedia.org/wiki/Recht_auf_angemessene_Ern%C3%A4hrung)

[http://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler\\_Pakt\\_%C3%BCber\\_wirtschaftliche,\\_soziale\\_und\\_kulturelle\\_Rechte](http://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Pakt_%C3%BCber_wirtschaftliche,_soziale_und_kulturelle_Rechte)

#### 50 Jahre Weltfriedensdienst

Aus Anlass des 50. Jahrestages der Gründung des Weltfriedensdienstes e.V. (WFD) lud der Regierende Bürgermeister am **1. Dezember** zum Empfang in das Berliner Rathaus ein. In der Eröffnungsrede von Dr. Jens-Peter Heuer, Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, verweist dieser auf die 50jährige Geschichte des Vereins.

Einen großen Dank wird an Dr. Franz von Hammerstein gerichtet, der zur Veranstaltung nicht kommen konnte - aber seine Frau ist anwesend. Der 88-Jährigen ist einer der Gründer des WFD, die einen Friedensdienst als Alternative zum Wehrdienst organisierten wollten, der in notleidenden Regionen unterstützend tätig wird. Ein erstes WFD-Team leistete Aufbauhilfe im griechischen Ort Servia, der von deutschen Truppen völlig zerstört worden war.

Seit 1949 engagiert sich der WFD nun schon für den Schutz der Menschen und ihrer Rechte im Süden wie im Norden und ist in 17 Ländern des Südens aktiv. Dort werden lokale Initiativen materiell und personell unterstützt. Daneben ist der WFD einer der Träger des Zivilen Friedensdienstes (ZFD), der seit 1999 ein neues Instrument der Friedenssicherung und der Konfliktprävention darstellt. Seine zivilgesellschaftliche Verankerung findet der WFD in der Arbeit mit 60 Part-

nerschaftsgruppen in Deutschland und 45 Selbsthilfinitiativen in Ländern Afrikas, Südamerikas und in Palästina.

Dr. Heuer verweist auch auf die Schüleraktion „Work for Peace“ (w4p). An der seit 5 Jahren bestehenden Aktion haben sich bis heute über 50.000 Schüler beteiligt. So auch die Kinder der Kreativgrundschule Friedrichshain, die der heutigen Veranstaltung mit Rhythmus und Tanz einen schönen Rahmen verleihen.

Der WFD selbst nutzt diesen Tag auch für Geburtstagswünsche: Berlin könne mehr beitragen in Sachen Entwicklungspolitik. Es solle Bonn ja dabei nicht ablösen, aber mehr als 230 Institutionen in der Entwicklungshilfe mit Sitz in Berlin sprechen für sich.

Link zum WFD: <http://www.wfd.de/wfd/>

---

### Welchen Beitrag können PPP zur Erreichung der MDG im Gesundheitsbereich leisten?

**2. Dezember 2009.** Vor bald 10 Jahren wurden die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) von den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zur Bekämpfung von Armut und Hunger in der Welt verabschiedet. Vor dem Hintergrund knapper Mittel für Entwicklungsfinanzierung wird privaten Akteuren eine besondere Rolle bei der Umsetzung der Ziele zugesprochen. So sollen Public Private Partnerships (PPP) durch die Kooperation zwischen privaten und öffentlichen Akteuren neue Finanzquellen erschließen und gegenseitiges Nutzen für die Beteiligten bringen. Doch können solche Formen der Kooperation angesichts unterschiedlicher Interessenkonstellationen tatsächlich einen Beitrag zu Entwicklung und Armutsbekämpfung leisten? Um dies am Beispiel des Gesundheitssektors zu diskutieren lud VENRO und die Freie Universität (FU) Berlin im Rahmen der Veranstaltungsreihe „2015 auf dem Campus“ zur Diskussion ins Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft ein.

Claus Körting, Projektkoordinator von "Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung" VENRO, weist zu Beginn seiner Ausführungen auf die MDG 4, 5 und 6 hin, die darauf abzielen, die Kindersterblichkeit zu senken, die Müttergesundheit zu verbessern sowie HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten zu bekämpfen. „Das AIDS-Zwischenziel 2010 wird nicht eingehalten“; hier nennt Körting beispielhaft Südafrika, wo von Seiten des Staates wie auch seitens der NGO aus Geldmangel weniger Aktivitäten zu verzeichnen wären. Auch die Müttersterblichkeit macht große Sorgen - hier wurde kein bzw. kaum ein Fortschritt erzielt.

Zu Corporate Social Responsibility in Ländern mit schwachen regulativen Kapazitäten äußert sich Prof. Dr. Tanja Börzel von der FU Berlin. Was können Un-

ternehmen zur Umsetzung der MDG tun? Börzel stellt klar, dass die Frage richtig 'wollen Sie etwas tun?', statt 'können sie' lauten muss. Unter welchen Bedingungen sind Unternehmen bereit ihre Ressourcen zur Verfügung zu stellen? Was braucht es für Anreize? Denn ein Unternehmen wird sein Ziel der Gewinnabsicht nicht ablegen. Dies hat Börzel in einer Studie mit Unternehmen in Südafrika untersucht. Unter welchen Umständen leisten Unternehmen dort Governance-Beiträge? CSR-Unternehmen engagieren sich demnach in verschiedensten Formen und weisen bestimmte Eigenschaften auf. Meist handelt es sich um Marken, die ihre Produkte an den Endverbraucher verkaufen, womit gegenüber den Käufern ein gewisser sozialer Druck besteht. „Südafrika hat die Mittel, jedoch fehle der politische Wille, so Börzel.

Im Podium sitzt auch Marco Schäferhoff, der derzeit an der FU Berlin zu PPP im Gesundheitswesen promoviert. Er untersucht unter welchen Bedingungen PPPs effektiv sind. Hierzu setzt er sich mit besonders großen und insbesondere mit zwei transnationalen PPP auseinander. Zum Einen ist das der Global Fund (to fight AIDS, Tuberkulose & Malaria), der Mittel zur Bekämpfung der Krankheiten beschafft. Dieser könne als erfolgreich bezeichnet werden, denn ein großer Anteil der derzeit verfügbaren AIDS-Therapien konnten aus diesem Fund finanziert werden. Zum anderen nennt Schäferhoff GAVI (The Global Alliance for Vaccines and Immunisation), welches auch als erfolgreich bezeichnet werden könne. Seine Untersuchungen haben aber auch ergeben, dass viele PPP keinen oder nur einen sehr geringen Erfolg haben. Dies hängt oft mit den verschiedensten Interessen der Mitglieder zusammen, weist auch Tobias Luppe von Oxfam hin. Wichtig und von großem Vorteil seien NGO als Mitglieder in solchen Funds. Dort können sie die Interessen der Zivilgesellschaft vertreten und Kritik an Mitgliedern ausüben, da sie unabhängig sind.

Luppe erinnert aber auch daran, dass Gesundheit ein Menschenrecht ist und die Verantwortung hierfür am Ende bei den Staaten liegt. „Dies darf auch nicht anders sein - die Regierungen dieser Staaten müssen aber funktionieren.“

#### Weiterführende Links:

<http://www.2015.venro.org/> (Projekt "Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung", VENRO)

<http://www.sfb-governance.de> (Forschungsprojekt zu PPP in Gesundheitswesen)

<http://www.theglobalfund.org/en/> (Global Fund)

<http://www.gavi.org/> (GAVI)

## Schneller besser helfen - Vorstellung des Weltrisikoindex Berlin

Katastrophenvorsorge und Katastrophenforschung erscheinen dem Außenstehenden ein wenig zynisch. Tatsächlich setzt sich Dr. Jörn Birkmann von der United Nations University in Bonn mit Fragen auseinander wie diesen auseinander: Sind mehr als 10 Tote bei einem Erdbeben oder einer Überschwemmung schon eine Katastrophe? Oder, ob der volkswirtschaftliche Schaden eines ausgelöschten Menschenlebens stärker zu gewichten ist als die persönliche Betroffenheit eines Überlebenden. Anfang Dezember stellt das Bündnis Entwicklung Hilft den Weltrisikoindex in Berlin vor, der von Forscher Birkmann und seinen Kollegen in einer weltweiten Studie erarbeitet worden ist. Dr. Wolfgang Jamann, Generalsekretär der Welthungerhilfe und ehemaliger Hauptgeschäftsführer von CARE Deutschland Luxemburg e.V. erklärt um was es geht. „Der Index ist der Versuch eine komplexe Realität in einfachen Werten und Skalen abzubilden, um die Bewältigungs- und Anpassungsstrategien zu verbessern.“ Dies ist auch dringend notwendig, denn der Index zeigt klar, dass sich besonders für Entwicklungsländer die Gefahr von einer Naturkatastrophe heimgesucht zu werden vervierfacht hat. Es ist der bereits deutlich spürbare Klimawandel, dessen Folgen sich mit dem immer unberechenbarer werdenden Wechsel von Dürren und Fluten besonders im südlichen Afrika bemerkbar machen. „Allein das südliche Afrika hat Ernteeinbußen von bis zu 50 Prozent bis 2020 zu befürchten“, so Jamann. Am stärksten Betroffen sind die ärmsten der Armen, die sich zu allem Überfluss auch am wenigstens schützen können. So werden zum Beispiel besonders die Menschen Opfer eines Erdbebens, ausgelöst durch Erben wie jüngst in Padang oder Wirbelstürme mit sintflutartigen Regenfällen wie Ketsana, die in gefährdeten Regionen siedeln. Sie sind besonders verwundbar oder vulnerable so der Fachausdruck der Forscher. Genau das ist das Besondere und neue am Weltrisikoindex: er zeigt nicht nur, wer wo auf der Welt am stärksten gefährdet ist, sondern welche Möglichkeiten der Reaktion haben die Menschen wirklich und wie können sie sich langfristig anpassen und damit schützen. Welche Möglichkeiten der Adaption hat eine Gesellschaft und Volkswirtschaft wirklich? Orientierungswissen zu geben, um dies Frage zu beantworten ist der Anspruch des Weltrisikoindex. „Es ist kein Handlungsleitfaden für den jeweiligen Katastrophenfall“, stellt Autor Dr. Jörn Brinkmann eindeutig fest.

Website: [www.ehs.unu.edu](http://www.ehs.unu.edu)

## 2009 - Unterwegs mit dem Aktionskreis Berlin

Im Mai feierte Berlin: 60. Jahrestag der Berliner Luftbrücke - Ende der Blockade. Auf gleich mehreren Veranstaltungen beteiligte sich der CARE-Aktionskreis und machte mit viel Engagement klar: CARE packt an, heute noch und mehr denn je!

Am zweiten Maiwochenende fand zum Jubiläum das große Volksfest des Vereins Alliierte in Berlin (AiB e. V.) auf deren Gelände in Tegel statt. Dieser beschäftigt sich mit der Geschichte der Alliierten in Berlin – und ganz besonders der Betrachtung der Berliner Blockade und der Luftbrücke. Außerdem unterhält der Verein eine private Sammlung historischer Fahrzeuge und Flugzeuge aus dieser Zeit. Dieser gewaltige Fuhrpark beeindruckte Oldtimerfans und Festbesucher gleichermaßen. Mittendrin im Geschehen auch wir Mitglieder des CARE Aktionskreis. Am gut besuchten Informationsstand konnten sich die Gäste über die verschiedenen aktuellen Tätigkeiten von CARE informieren – so war beispielsweise die Arbeit nach dem Tsunami in Südostasien von großem Interesse. THW und CARE, in Kriseneinsätzen oft gute Partner, fanden auch auf dem Fest schnell zueinander. Dank den Berliner Wasserbetrieben, die uns T-Shirts spendierten, konnten wir am Abend eine gut gefüllte Spendendose mit ins CARE-Büro nehmen.



Der Verein Alliierte in Berlin feierte mit CARE den 60. Jahrestag der Berliner Luftbrücke (Foto: AK Berlin)

Wir freuen uns über eine neu gewonnene Freundschaft und bedanken uns an dieser Stelle beim Team des AiB e.V. für die sehr gute Zusammenarbeit. Weitere gemeinsame Aktionen werden folgen.

-----  
Dies soll es aber nicht gewesen sein: Nur drei Tage später, am **12. Mai** - konnten wir uns nicht nur über ein Wiedersehen mit dem AiB e. V. freuen. Diesmal ging es zum Flughafen Tempelhof: „The last CandyDrop over Tempelhof.“ Hier würdigte auch der Regierende Bürgermeister von Berlin noch einmal die historische Leistung für seine Stadt. Es ist das Jubiläum einer bis heute einzigartigen Rettungsaktion für mehr als 2 Millionen Menschen in der eingeschlossenen Stadt. CARE war einer der maßgeblichen Akteure dieser Aktion. Unvergesslich bei den Berlinern ist das CARE-Paket, das

zum Synonym für humanitäre Hilfe von Mensch zu Mensch wurde.



Die Bäckerei Thürmann verkaufte eigens hergestellte Rosinenbomberbrote (Foto: AK Berlin)

Bei schönstem Sonnenschein ließen sich die Berliner nicht lange bitten. Die Stimmung war toll und unser CARE-Stand auf dem riesigen Feld weithin sichtbar, nicht zuletzt Dank des riesigen Transparent mit der Aufschrift: CARE for Berlin, genau wie damals. Der Andrang am Stand war enorm: Da kamen Erinnerungen bei Alt, und Fragen bei Jung auf; da wurden Original-CARE-Pakete mit den heutigen verglichen...

Für den Auflauf im und am CARE-Zelt sorgten aber auch die eigens gefertigten Rosinenbomberbrote der Bäckerei Thürmann, der an dieser Stelle für die Kooperation einem besonderen Dank gilt! 500 Stück waren in nicht einmal einer Stunde verkauft. Wie schon bei der vorangegangenen Aktion der Bäckerei Thürmann, gingen auch hier einige „Rosinen“ der verkauften Brote zu Gunsten von Hilfsprojekten von CARE D/L. Gegen 15.30 Uhr war dann der große Augenblick gekommen: Aus weniger als 50 m Höhe warf The Chocolat-Pilot himself, der 89-jährige Pilot Colonel Gail Halvorsen Mini-CARE-Pakete mit Schokolade an die wartende Kinderhorde ab...ein rundum gelungenes Fest mit mehr als 120.000 Besuchern...



Udo Weber eröffnete sein Puppentheater mit einer CARE-Aktion für Kinder (Foto: AK Berlin)

Knapp 4 Wochen nach dem Highlight von Tempelhof ging der Aktionskreis ins Berliner Umland. Auch örtlich möchten wir unsere Arbeit ausdehnen – und so ging es für uns am **21. Juni** zum Familiennachmittag

nach Potsdam. Im Garten von Udo Weber fand an diesem Tage die Eröffnung des Sommertheaters der Puppenbühne Burattino statt. Herr Weber, „der Vater von Burattino“, spielte schon auf allen Kontinenten und bereiste 38 Länder. Die Sommeröffnung mit der CARE-Aktion „Kinder helfen Kindern“ zu verbinden, weckte sofort sein Interesse. Und so versammelten sich an die 100 Gäste im Weberschen Garten. Karate-Kids, Musik, Gesang und viel Kuchen und Eis, garniert mit Sonnenschein und einer ansteckenden Fröhlichkeit, machten den Tag perfekt. Kindgerecht konnten wir über die Arbeit von CARE in der Welt berichten.

Am Schluss des gelungenen Nachmittags staunten wir nicht schlecht, denn die Gäste des Gartenfestes spendeten 400,00 Euro für CARE. Danke an den „Vater von Burattino“!

Am **5. September** luden bei schönstem Wetter die Berliner Wasserbetriebe zu ihrem alljährlichen Wasserfest ein. Und wie schon im Vorjahr stellte der CARE-Aktionskreis einen Stand auf und nahm am bunten Tagesprogramm teil. Die Wasserbetriebe lockten ihre Kunden und alle Berliner mit Aktivitäten rund ums Wasser, Live-Musik, eine Fülle von Angeboten für Kinder und vielen Überraschungen.

Am Informationsstand freuten wir uns über reges Interesse an themenbezogene CARE-Projekte. Zusätzlich hatten die kleinen Gäste die Möglichkeit sich neben dem Stand mit Fingerfarben auf einer weißen Tapete auszutoben. Dies ließen sie sich nicht zweimal sagen und fanden großes Gefallen am Malen. So entstand unter anderem eine große Nachbildung des CARE-Logos aus vielen bunten Kinderhänden.



Jeder kann mitmachen! (Foto: AK Berlin)

Es war wieder einmal ein rundum gelungenes Fest! Und den Wasserwerken gilt ein großes Dankschön für die tolle Zusammenarbeit. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen: spätestens im nächsten Jahr!



CARE und das CARE-Paket sind zum Synonym für humanitäre Hilfe und Mitmenschlichkeit von Mensch zu Mensch geworden in der Zeit der größten Not nach dem 2. Weltkrieg. CARE war ein maßgeblicher Akteur der Berliner Luftbrücke vor 60 Jahren. Mit mehr als 200.000 Paketen versorgte CARE während der Luftbrücke die hungernden Berliner.

Heute ist CARE International mit rund 15.000 Mitarbeitern eine der drei größten privaten Hilfsorganisationen weltweit. Mit 1.000 Projekten in mehr als 70 Ländern erreicht CARE im Jahr über 50 Millionen Menschen. Akute Nothilfe und langfristige Entwicklungszusammenarbeit sind die maßgeblichen Arbeitsfelder.

Doch CARE setzt sich auch politisch für die Belange der Ärmsten ein. Die Stimme von CARE hat Gewicht, denn CARE hat unter anderem Beraterstatus bei den Vereinten Nationen und dies bereits seit 1948. CARE International bildet eine Familie aus zwölf nationalen und rechtlich eigenständigen CARE-Organisationen. Nach CARE USA und CARE Kanada wurde CARE Deutschland als dritte nationale Organisation 1980 gegründet und feiert deshalb in diesem Jahr das 30-jährige Bestehen in Deutschland. Schirmherrin der Organisation ist die ehemalige Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth. 2007 wurde CARE in Luxemburg gegründet, seither gibt es den Verbund CARE Deutschland-Luxemburg e.V., was der Optimierung der Arbeit bei Reduzierung der Verwaltungskosten dient.

Der Vorsitzende von CARE Deutschland-Luxemburg, Staatssekretär a.D. Heribert Scharrenbroich, drückt es so aus: "CARE Deutschland-Luxemburg ist in Europa und in den Ländern in Armut und Not ein kompetenter und anerkannter Partner für Entwicklungszusammenarbeit und Nothilfe gleichermaßen - verlässlich für Spender sowie für öffentliche Zuschussgeber in Deutschland und der Europäischen Union."

CARE gibt den Menschen in Armut, Unterdrückung und Not eine Stimme, befähigt sie zur Selbsthilfe und hat allein im vergangenen Jahr mehrere viel beachtete Studien unter anderem zum Klimawandel

oder der Sicherheitssituation in Afghanistan vorgelegt.

Der CARE-Hauptstadtbrief informiert Sie periodisch über wichtige Veranstaltungen in den Arbeitsfeldern Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe sowie über die Aktivitäten von CARE in der Hauptstadt. Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre und freuen uns über Ihre Anregungen: [ernesti@care.de](mailto:ernesti@care.de)

Christoph Ernesti  
Geschäftsführer Büro Berlin

### **Impressum**

CARE Deutschland-Luxemburg e.V.  
- Hauptstadtbüro -  
Luisenstraße 41  
D-10117 Berlin  
[www.care.de](http://www.care.de)

Tel.: +49 (0)30 – 240 47 74 – 0  
Fax: +49 (0)30 – 240 47 74 – 20  
E-Mail: [berlin@care.de](mailto:berlin@care.de)

### **Geschäftsführender Vorstand:**

Staatssekretär a.D. Heribert Scharrenbroich,  
Vorsitzender des Vorstandes  
Robert Schadeck, Stellvertretender Vorsitzender (Luxemburg)  
Parlamentarische Staatssekretärin a.D. Brigitte Schulte, Stellvertretende Vorsitzende  
Jens Kiencke, Schatzmeister  
Dr. Anton Markmiller, Hauptgeschäftsführer

### **Schirmherrin:**

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Rita Süßmuth,  
Bundestagspräsidentin a.D.

### **Vereinsregister:**

Amtsgericht Bonn - VR4520N

### **Redaktion CARE-Hauptstadtbrief:**

Christoph Ernesti, Melanie Mundt